

Einige Argumente gegen die Ausweitung der Drogenabgabe

Drogenabhängige leiden in erster Linie an ihrer Sucht und erst in zweiter Linie an deren Folgen! Heroinabgabe ist und bleibt jedoch Symptombekämpfung, die das Angehen des eigentlichen Suchtproblems nicht nur verzögert, sondern in den meisten Fällen verhindert.

Drogenabhängige Menschen brauchen Hilfe, um aus der Sucht herauszukommen, nicht "Hilfe", um darin zu verbleiben!

Die Abgabeprojekte haben versagt: **Die Anzahl der Süchtigen hat sich vergrössert, während die Anzahl der Aussteiger durch die verführerische Signalwirkung der Drogenabgabe massiv abgenommen hat!** Die eigentliche Zielgruppe der Schwerstabhängigen konnte nicht erreicht werden. Dagegen wurden sogar Personen aufgenommen, die zum Zeitpunkt des Programmbeginns gar nicht heroinabhängig waren! Dem Synthesebericht von Prof. A. Uchtenhagen auf Seite 52 kann entnommen werden, dass beim Eintritt in das Abgabeprogramm 31 Personen kein Heroin konsumiert hatten und 145 Personen nur gelegentlich Heroin konsumierten. Unter solchen Voraussetzungen zu behaupten, es seien nur Schwerstabhängige aufgenommen worden, verrät die Absicht, das Volk zu täuschen.

Es ist nicht verwunderlich, dass mit der Einführung der Drogenabgabe die Ausstiegsmotivation massiv gesunken ist. Während im Jahr 1994 in der Schweiz noch **über 3000 stationäre Therapieplätze** belegt waren, ist die Zahl der belegten Plätze unterdessen auf **unter 1200 abgesunken**. Wo sind die Personen geblieben, die mit dem vielgepriesenen Heroinprogramm für eine Therapie hätten motiviert werden sollen? Mit wenigen Ausnahmen hat sich ihr Suchtverhalten nicht verbessert, sondern deutlich verschlimmert.

Leider bemüht sich das BAG vielmehr mit Liberalisierungsbestrebungen in der Drogenpolitik voranzukommen, als den Süchtigen tatsächlich Hilfe zu verschaffen. Dazu werden auch eindeutige Unwahrheiten verbreitet wie die Behauptung: **"die meisten Drogensüchtigen schaffen den Ausstieg"**. Nach einer vom VeD 1997 durchgeführten Erhebung sind es jedoch **weniger als 18%** der Abhängigen, die den Ausstieg tatsächlich geschafft haben. Die mit Steuergeldern auf Grossplakaten verbreitete BAG-Lüge sorgte denn auch bei vielen Jugendlichen in der Einstiegsphase für Gleichgültigkeit, während sie bei den effektiv Süchtigen eher einen Effekt von Resignation zur Folge hatte, weil diese feststellen mussten, dass ihr Problem nicht ernstgenommen wird.

Nachdem das BAG derart gravierende Unwahrheiten verbreitet, liegt die Vermutung nahe, dass auch die Anzahl der Drogentoten nicht deshalb zurückgegangen ist, weil mit der Drogenabgabe das Risiko vermindert wurde, sondern vielmehr, weil die Statistik seit einigen Jahren über das BAG läuft. Dort können nun mit Leichtigkeit die nötigen Manipulationen vorgenommen werden. Viele Fälle, die früher klar zu den Drogentoten gezählt wurden, können heute als Suizid, Herzversagen oder andere Todesursachen erfasst werden, um damit die Statistik zu verfälschen.

Die Haltung des BAG kam auch im Vernehmlassungsverfahren für den dringlichen Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin deutlich zum Ausdruck. **Organisationen mit kritischer Haltung zur Heroinabgabe wurden gar nicht zur Vernehmlassung eingeladen.** Die Argumente derer, die sich trotzdem gemeldet haben, sind in dem Bericht über die Vernehmlassung überhaupt nicht erwähnt. Diese Einseitigkeit ist die Fortsetzung dessen, was bereits beim Schlussbericht über die Heroinabgabe unverkennbar war: Es darf nur die Stimme der Drogenliberalisierer weitergegeben werden. Diese einseitige Haltung eines Bundesamtes, welche auch vor effektiver Verfälschung sachlicher Informationen nicht Halt macht, müsste mit aller Deutlichkeit korrigiert werden.

Die Drogenabgabe ist eindeutig ein strategischer Schritt der Drogenliberalisierer. Die Gefährlichkeit des Heroins wird weniger hoch eingeschätzt, wenn dieses Gift sogar vom Staat abgegeben wird. **Süchtigen und gefährdeten Jugendlichen fällt es schwerer, ein klares Nein zu den Drogen zu finden, wenn selbst der Staat eine zwiespältige Haltung einnimmt.** Diese Signalwirkung hat in den letzten Jahren bereits grossen Schaden angerichtet.

Die Bestrebungen von Frau Bundesrätin Dreifuss, abstinenzorientierte Therapiestellen zu dezimieren und dagegen die Drogenabgabe als "Therapie" zu bezeichnen, sind eindeutig als Strategie zur Drogenlegalisierung erkennbar. **Die Süchtigen sollen nicht mehr in die Suchtfreiheit geführt werden, sondern mit ihrem Suchtverhalten in unsere Gesellschaft integriert werden.** Unser Land und vor allem die gefährdeten und süchtigen Jugendlichen werden jedoch damit grösseren Risiken ausgesetzt. **Dieser Entwicklung gilt es mit Entschiedenheit entgegenzuwirken.**